



EMILIA MÜLLER

EUROPÄISCHER BINNENMARKT UND EURO ALS WACHSTUMSFAKTOREN

Die Bedeutung des europäischen Einigungsprozesses für die Wirtschaft ist enorm. Der europäische Binnenmarkt ist ein wichtiger Wachstumsfaktor. Er garantiert freien Handel und fairen Wettbewerb; er eröffnet unserer exportorientierten Wirtschaft Absatzmärkte und sichert so Arbeitsplätze. Der mittlerweile in 12 von 25 Mitgliedstaaten eingeführte Euro erleichtert den Zahlungsverkehr für die Wirtschaft und die Bürger, der Wegfall von Transaktionskosten schafft weitere Wachstumsimpulse. Neben dem freien Warenverkehr gewährleistet der Binnenmarkt Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit sowie das Recht auf freien Dienstleistungs- und Kapitalverkehr.

EU-ERWEITERUNG: EIN WIRTSCHAFTLICHER ERFOLG

Die Erweiterung der EU um 10 neue Mitgliedstaaten vor allem aus Mittel- und Osteuropa zum 1. Mai 2004 war in politischer, strategischer und historischer Hinsicht notwendig. Nach zwei Jahren kann Bayern insgesamt eine positive Bilanz auch aus der Perspektive der Wirtschaft ziehen. Durch die EU-Erweiterung eröffnen sich uns zusätzliche große neue Chancen auf neuen Wachstumsmärkten. Gerade Bayern ist zum Brückenkopf in die Beitrittsländer geworden und profitiert von den dynamischen Handelsbeziehungen mit den zehn Neumitgliedern. Die Ausfuhr Bayerns

Der Beitrag der EU zu Wachstum und Beschäftigung in Europa

in die 10 Beitrittsländer haben sich seit 1995 beinahe vervierfacht. Auch die Importe stiegen allein im letzten Jahr um 8 % auf mehr als 12 Mrd. €. Die neuen Mitgliedstaaten sind mittlerweile als Handelspartner stärker als unser zweitgrößtes Abnehmerland Italien. Die zunehmende Spezialisierung und der Zukauf einfacher Produktionsteile haben die Leistungsfähigkeit der ansässigen Firmen verbessert. Auch vielfache – teils schon langjährige – grenzüberschreitende Kooperationen haben die Wettbewerbskraft bayerischer Unternehmen, vor allem auch des Mittelstands, durch eine Kombination spezifischer Standortvorteile erhöht. Der zunehmende Außenhandel und die wirtschaftliche Verflechtung bedeuten letztlich Wohlstandsgewinne für die alten und die neuen Mitgliedstaaten. Bayerns Kompetenz in Ost-West-Beziehungen, aufgebaut durch die Nähe und langjährige Handelsbeziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Nachbarn, wird zunehmend zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil.

UNTERSTÜTZUNG DER GRENZREGIONEN

Unbestreitbar gehen mit der EU-Erweiterung auch große Herausforderungen insbesondere für die bayerischen Grenzregionen einher. Das Lohn-, Steuer- und Fördergefälle zu unserem tschechischen Nachbarn setzt sie einem verstärkten Wettbewerbsdruck aus. Deshalb hat sich die Bayerische Staatsregierung im Zuge der Erweiterung immer stark für Ostbayern eingesetzt. So haben wir neben der Regionalförderung beispielsweise im Rahmen des Erntüchtigungsprogramms Ostbayern 100 Millionen Euro bereit gestellt, um Unternehmen im Grenzgebiet zu Tschechien für die Erweiterung fit zu machen. Ferner investiert Bayern seit 2004 rund 60 Millionen Euro aus der Privatisierung der Regentalbahn in den Grenzgebieten. Auch bei der Zukunft der Regionalförderung konnten wir wichtige Forderungen auf nationaler und europäischer Ebene durchsetzen. Für das Ziel-2-Nachfolgeprogramm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“

etwa wird Bayern im Zeitraum 2007-2013 rund 436 Millionen Euro EU-Mittel erhalten. Dazu kommen noch die Mittel aus einer Sonderzuweisung der EU für das ostbayerische Grenzland in Höhe von 75 Millionen Euro. Weiterhin konnte in der Schlussphase der Verhandlungen über die EU-Strukturfondsverordnungen durchgesetzt werden, dass die reine Verlagerung von Betrieben nicht durch EU-Mittel – und damit letztendlich auch durch deutsche Steuergelder – gefördert wird.

DIE LISSABON-STRATEGIE

Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der EU haben bei ihrer Tagung in Lissabon im März 2000 eine Strategie zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Europa vereinbart. Sie setzten sich zum Ziel, Europa bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.

ERNÜCHTERNDE HALBZEITBILANZ

Die Halbzeitbilanz im letzten Jahr brachte jedoch große Ernüchterung. Hinsichtlich Wachstum und Produktivität ist Europa gegenüber den USA sogar noch weiter zurückgefallen. Hauptursache für die enttäuschende Halbzeitbilanz war der mangelnde Reformwille in einigen Mitgliedstaaten. Allerdings hat sich auch die ursprüngliche Ausrichtung der Lissabon-Strategie als kontraproduktiv erwiesen. Im Laufe der Jahre ist die Lissabon-Strategie mit immer mehr und zum Teil gegenläufigen wirtschafts-, beschäftigungs-, sozial- und umweltpolitischen Zielen überfrachtet worden. Hinzu kamen unzählige bürokratische Regelungen und Berichtspflichten für die Mitgliedstaaten.

Vor diesem Hintergrund wurde die Lissabon-Strategie im vergangenen Frühjahr reformiert. Die Strategie wurde wieder stärker auf die Ziele Wachstum und Beschäftigung fokussiert.

...weiter auf Seite 2

Die Berichterstattungspflichten der Mitgliedstaaten wurden erheblich gestrafft. Außerdem wurden die Mitgliedstaaten zur Vorlage von Nationalen Reformprogrammen verpflichtet.

PRIMÄRE VERANTWORTUNG DER MITGLIEDSTAATEN FÜR DIE UMSETZUNG DER LISSABON-STRATEGIE

Allerdings muss die Lissabon-Strategie jetzt auch konsequent umgesetzt werden.

Dabei sind in erster Linie die Mitgliedstaaten gefordert. Sie müssen die notwendigen wirtschafts-, arbeitsmarkt-, sozial- und steuerpolitischen Maßnahmen ergreifen. Sie müssen stärker in Forschung und Entwicklung investieren, denn im Zuge der Globalisierung liegen unsere Chancen vor allem in Innovationen. Das von der neuen Bundesregierung vorgelegte Reformprogramm ist ein erster wichtiger Schritt.

BEITRÄGE DER EU ZUR STÄRKUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT EUROPAS

Neben den Mitgliedstaaten und Regionen kann aber auch die EU wichtige Beiträge zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas leisten.

Dazu zählt zum einen die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation. Dazu zählt zum anderen vor allem auch die weitere Vollendung des Binnenmarktes. Die grenzüberschreitende Liberalisierung von Schlüsselmärkten und der Abbau von Handelshemmnissen erzeugen wirtschaftliche Dynamik in Europa.

Deshalb ist es sehr zu begrüßen, dass der Rat Ende Mai eine Einigung über die Dienstleis-

tungs-Richtlinie erzielt hat. Die nun vereinbarten Regelungen tragen sowohl der notwendigen Erleichterung des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs innerhalb der EU als auch der Verpflichtung der Mitgliedstaaten zum Schutz des Gemeinwohls angemessen Rechnung. Der mit der Dienstleistungs-Richtlinie bezweckte Abbau von rechtlichen und administrativen Hindernissen für den freien Dienstleistungsverkehr ist im deutschen Interesse. Während es nämlich für ausländische Dienstleister relativ einfach ist, in Deutschland tätig zu werden, werden deutsche Dienstleister durch teilweise schikanöse Anforderungen vom Markteintritt in anderen Mitgliedstaaten abgehalten.

RECHTSVEREINFACHUNG UND BÜROKRATIEABBAU AUF EU-EBENE

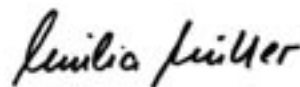
Ein weiterer zentraler Beitrag der EU zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas ist die Initiative zur Vereinfachung des bestehenden Gemeinschaftsrechts und zur besseren Folgenabschätzung bei neuen EU-Vorhaben. Der konsequente Abbau und die Vermeidung von unnötigen Belastungen für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung sind ein Konjunkturprogramm. Im Rahmen der Vereinfachungsbestrebungen müssen insbesondere die speziellen Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen berücksichtigt werden. Denn Bürokratiekosten belasten Unternehmen um so stärker, je kleiner sie sind. In diesem Sinne sprach sich der Europäische Rat im März für die systematische Anwendung des Grundsatzes „Think Small First“ aus. Er forderte die Kommission auf, Sonderregelungen – wie zum Beispiel Ausnahmen, vereinfachte Berichtspflichten und niedrigere Gebühren – zur För-

derung des Wachstums und der Entwicklung von KMU zu unterbreiten. Voraussichtlich wird man sich darauf verständigen, das von einigen Mitgliedstaaten und auch der Bundesregierung bereits gesetzte Ziel einer Reduzierung der Bürokratiekosten für die Wirtschaft um 25 % auch auf EU-Ebene festzulegen. Nach Angaben von Kommissions-Vizepräsident Günter Verheugen würde dies in der europäischen Wirtschaft 75 Milliarden Euro freisetzen und könnte ein zusätzliches reales Wachstum von 1 bis 1,5 % bringen.

Wichtig für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa sind vor allem auch die Maßnahmen, die der Europäische Rat im März zur Erleichterung der Gründung und Führung von Unternehmen beschlossen hat. So sollen die Mitgliedstaaten bis 2007 eine zentrale Anlaufstelle für die schnelle und einfache Gründung von Unternehmen schaffen. Außerdem soll die Zeit für eine Unternehmensgründung auf eine Woche reduziert werden.

DIE EU ALS ANTWORT AUF DIE HERAUSFORDERUNGEN DER GLOBALISIERUNG

Es gibt keine Alternative zur europäischen Einigung und zur Globalisierung. Gerade Deutschland als Exportweltmeister profitiert maßgeblich von der Öffnung der Märkte. Wir müssen die Herausforderungen der Globalisierung annehmen und uns fit für den internationalen Wettbewerb machen. Die EU kann wichtige Beiträge dazu leisten.



EMILIA MÜLLER

Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei

Editorial

Auch in diesem Jahr kann in der Geschäftsstelle des Wirtschaftsbeirates von Sommerloch keine Rede sein. Die Vorbereitungen auf das zweite Halbjahr – also das politische Leben nach der Sommerpause – laufen bereits auf Hochtouren. Derzeit befinden sich rund 30 Veranstaltungen aller Art „in der Pipeline“. Den Auftakt bildet diesmal der wegen des München-Besuchs von Papst Benedikt XVI. zeitlich vorgezogene Mittelstandspolitische Frühschoppen mit Staatssekretär Hans Spitzner beim Sedlmayr am Viktualienmarkt. Höhepunkt wird unsere Generalversammlung am 4. Dezember sein. Aber auch die politische Arbeit geht unvermindert weiter. Wie aus dem Bericht unseres Parlamentsbeauftragten Adolf Dinglreiter in diesen Mitteilungen hervorgeht, hat ein Arbeitskreis des sozialpolitischen Ausschusses unter Leitung von Willi Gerner und Dr.

Rainer Will ein Positionspapier zur Gesundheitsreform verfasst, das den Spitzen der Koalition und zuständigen Sozialpolitikern übersandt wurde. Auch in einem anderen Themenbereich sehen wir die dringende Notwendigkeit, unsere Position zu verdeutlichen: es geht um Überlegungen im Bundesfinanzministerium und leider auch in der hessischen Staatskanzlei, im Rahmen der Steuerreform die Bemessungsgrundlage für die Besteuerung insbesondere durch die Einbeziehung von Schuldzinsen zu verbreitern. Die auf diese Weise bewirkte Ausweitung der ertragsunabhängigen Besteuerung geht ordnungspolitisch in die falsche Richtung. Wenn Fremdfinanzierungskosten nicht mehr von der Steuer abgesetzt, sondern voll in eine Besteuerung einbezogen würden, wären gerade kleinere und mittlere Unternehmen mit relativ niedrigen Eigenkapital- und Ge-

winnmargen – insbesondere im Baubereich – akut gefährdet. Damit würde gerade jener Motor abgewürgt, der allein die Beschäftigung in Deutschland wieder auf Touren bringen kann. Auch diese Position haben wir im Rahmen eines gemeinsamen Briefes der Vorsitzenden unseres Steuerausschusses, des Bezirks München sowie des Arbeitskreises Immobilien – Rolf von Hohenhau, Hans Hammer und Günther Koller – gegenüber dem Bundesfinanzminister und dem Hessischen Ministerpräsidenten sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Auch Sie sollten als Mitglied eines Unternehmerverbandes die Möglichkeiten, sich persönlich z.B. durch Brief oder E-Mail gegenüber der Politik zu artikulieren, aktiv nutzen.

ANDREAS MÜLLER-ARMACK
Generalsekretär

Vorsitzender der Wirtschaftsweisen spricht über Sozialstaat und Gesundheitsreform



v.l.n.r.: Prof. Dr. Dr. h. c. Bert Rürup mit Gattin Brigitte Rürup und Dr. jur. Stephan Galler

Rürup in der Region. Keine Selbstverständlichkeit. Aktueller geht's nicht. Dies zeigt deutlich den Stellenwert, den auch die Bezirksgruppen des Wirtschaftsbeirates genießen. Nach Prof. Oberreuther im Juni konnte die Kulmbacher Bezirksgruppe erneut einen namhaften Experten für Wirtschafts- und Sozialpolitik als Referenten gewinnen.

Während Prof. Rürup von Frau Christiansen an Frau Illner hektisch weiter gereicht wurde, saß der sympathische und im persönlichem Gespräch sehr heitere und verschmitzte Professor in Kulmbach für 3 Stunden vor mehr als 200 Gästen auf dem Podium und erklärte die Zusammenhänge des „erneut kleinsten gemeinsamen Nenners“ der Gesundheitsreform.

Prof. Rürup übte Kritik an der Erhöhung des Beitragssatzes. „Im Gegensatz zu Steuern, Zwangsabgaben ohne Gegenleistung, sind Sozialversicherungsbeiträge der Preis für eine konkrete Leistung. Eine Beitragserhöhung

ohne Leistungsverbesserung ist folglich nichts anderes, als eine verkappte Steuererhöhung.“ Die Beitragserhöhung ist erneut eine Mehrbelastung der Wirtschaft in Höhe von 5 Mrd. €. Die Einführung eines Gesundheitsfonds sei keine ökonomische, sondern eine ideologische Entscheidung, die auf dem Prinzip Hoffnung fuße. „Substantiell wird hier nichts geleistet“, so Prof. Rürup.

Nach kritischen Statements von Vertretern der Wirtschaft, die die indirekte Steuererhöhung um 0,5 % beklagten, artikulierten einer der zahlreich versammelten Mediziner im Saal, er könne die Aufregung der Unternehmer nicht verstehen, wo sie doch seit Jahren Lohnerhöhungen in Deutschland zugelassen haben. Diesen Schuh kann sich allenfalls die Großindustrie in den 70er und 80er Jahren anziehen, nicht aber der Mittelstand.

Bürgerversicherung versus Gesundheitsprämie, Steuern versus Preis, ist eine ideologische Fra-

ge. Das Gesundheitssystem dürfe als größter Arbeitgeber Deutschlands nicht der Ideologie überlassen werden.

Das grundsätzliche Problem der demografischen Entwicklung muß durch Werterneuerung, moralische Wende, aktive Familien und Kinderpolitik angepackt werden. „Das Bild von der Zeitbombe stimmt nicht. Bomben pflegen zu platzen. Viel passender ist der Vergleich mit einer Gletscherschmelze!“

Die Einnahmeseite darf nicht von der Umverteilung geprägt sein, vielmehr muß durch eine fundamentale Steuerreform Anreiz zur Schaffung neuer Arbeitsplätze generiert werden, um die Einnahmen zu erhöhen.

Aber auch die Ausgabenseite darf für einen Analyseansatz nicht tabu sein. Bei 145 Mrd. € Gesamtaufwand für das Gesundheitssystem sind lediglich 2 Mrd. € gefundene Einsparung, von der wiederum erfahrungsgemäß nur die Hälfte umgesetzt wird, zu wenig. Die Eigenverantwortlichkeit, das Ärmelhochkrepeln, der Mut, Themen anzupacken, die scheinbar nicht zu lösen sind, das ist der Zeitgeist, den wir brauchen! Insofern kann sich die Politik durchaus an Jürgen Klinsmann orientieren. Neue Wege, grundsätzliche Erneuerung und dies mit aller Konsequenz.

„Nach der Veranstaltung ist vor der Veranstaltung!“ So freut sich die Kulmbacher Bezirksgruppe nach der Sommerpause als nächsten Referenten den Vorsitzenden des Vorstandes der adidas AG, Herrn Herbert Hainer, zu präsentieren.

DR. JUR. STEPHAN GALLER
Vorsitzender des Bezirks Kulmbach

VIELE KLEINE DINGE WURDEN
DURCH DIE RICHTIGE ART VON
WERBUNG GROSS GEMACHT.

Mark Twain (1835-1910), amerik. Schriftsteller

Deshalb empfehlen wir Anzeigenschaltungen in unseren zielgruppen-genauen Business-Publikationen. Z. B.: WBU-Mitglieder-Info, Kaleidoskop 2006 des Marketing-Club Dresden, Mitgliederverzeichnis 2007 des Wirtschaftsrates in Sachsen und und und. Wenn Sie mehr wissen wollen, senden Sie uns einfach eine Mail an anzeigen@kunstblatt.com und notieren das unterstrichene Wort. Wir senden Ihnen dann unverbindlich die jeweiligen Mediadaten zu. So können Sie sich in Ruhe über Preise, Formate, Vertrieb u. a. informieren und zum Zeitpunkt den Sie bestimmen Ihre Anzeige(n) buchen.

KUNSTBLATT® VERLAG
PUBLIKATIONEN, GRAPHIK, MARKETING
www.kunstblatt.com

Impressum

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel.: 089-242286-0, Fax: 089-291518, Internet: www.wbu.de
Produktion/Anzeigen: Kunstblatt® Verlag Dresden-München, Enderstr. 59, 01277 Dresden, Tel. 0351-4794244, Fax: 0351-4794245, E-Mail: mail@kunstblatt.com, Internet: www.kunstblatt.com

Gesundheitsreform 2006

Stellungnahme des Wirtschaftsbeirates

Die Eckwertbeschlüsse der Koalition zur Gesundheitsreform haben ein überwiegend negatives Echo ausgelöst. Der Wirtschaftsbeirat Bayern sieht dagegen nach seinen Beratungen in einer Arbeitsgruppe des Ausschusses für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in diesen Beschlüssen durchaus die Chance für den Einstieg in eine nachhaltige Erneuerung des Gesundheitssystems. Dies gilt etwa für Reformelemente wie die Festsetzung des Arbeitgeberbeitrages, bürokratische Entlastungen bei der Abführung der Beiträge, Schaffung von mehr Wettbewerb in der GKV oder auch den Einstieg in eine Steuerfinanzierung der Gesundheitskosten für Kinder. Entscheidend ist jedoch, wie diese Eckpunkte ausgefüllt werden.

Der Wirtschaftsbeirat erkennt auch an, dass es der Union gelungen ist, ideologisch geprägte und einer Reform abträgliche Forderungen des Koalitionspartners – wie etwa eine allgemeine Bürgerversicherung, Verschmelzung von PKV und GKV, Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze oder kräftige Steuererhöhungen – in den Verhandlungen zu verhindern.

In der nachfolgenden Stellungnahme, die den CSU Politikern im Koalitionsausschuß in Berlin zugeleitet wurde, hat die Arbeitsgruppe unter Leitung von Willi Gerner zu den vorliegenden Eckpunkten Position bezogen und deutlich gemacht, welche Reformschritte bei der Ausgestaltung von Bedeutung sind.

POSITIONSPAPIER ZUR REFORM DES GESUNDHEITSWESENS

Ein leistungsstarkes Gesundheitswesen ist von großer Bedeutung für den Wirtschafts- und Beschäftigungsstandort Deutschland.

Die demographische Entwicklung mit einer älter werdenden Gesellschaft, der weiter zunehmende medizinische Fortschritt sowie die höhere Lebenserwartung mit zwangsläufig wachsendem medizinischen Aufwand stellen neue Anforderungen, die nur mit einer umfassenden Modernisierung des mittlerweile über 100 Jahre alten Sozialsystems Gesundheit bewältigt werden können. Die bisherigen „Gesundheitsreformgesetze“ sind diesem Anspruch nicht gerecht geworden. Sie haben im Wesentlichen nur eine kurzfristig wirkende Kostendämpfung bei steigenden Beiträgen gebracht. Ähnliches ist von einer Realisierung der Eckpunkte zu einer Gesundheitsreform 2006 zu befürchten, sofern nicht der hiermit geschaffene Spielraum im Sinne von mehr Wettbewerb voll ausgeschöpft wird. Der Wirtschaftsbeirat Bayern fordert, das Sozialsystem Gesundheit mit einer umfassen-

den und grundlegenden Reform langfristig zu sichern und so die bestehende Leistungsfähigkeit der medizinischen Versorgung verlässlich und nachhaltig zu gewährleisten. Dazu bedarf es einer belastbaren Finanzierung, die den Arbeitsmarkt nicht durch steigende Kosten beeinträchtigt. Die angekündigte Beitragserhöhung von 0,5 Prozentpunkten kann deshalb nur als vorübergehend akzeptiert werden.

Wesentliche Reformelemente sind eine Stärkung der Eigenverantwortung der Versicherten und des Wettbewerbs der am Sozialsystem Gesundheit als Leistungserbringer und Leistungsbezieher Beteiligten, bei Anerkennung und konsequenter Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Die Finanzierungs- und Leistungsströme sind zur Kontrolle größtmöglicher Transparenz zu unterwerfen. Im einzelnen sind uns folgende Punkte wichtig:

FORDERUNGEN FÜR DIE AUSGABENSEITE

- » Aufstellung eines Basis- und eines Mehrleistungskatalogs mit regelmäßiger Überprüfung und Anpassung an den medizinischen Fortschritt.
- » Durchforstung des Leistungskatalogs der Gesetzlichen Krankenversicherung nach entbehrlichen Regelleistungen im Sinne der Stärkung der Eigenverantwortung der Versicherten. Es ist zu prüfen, ob bei selbstverschuldeten Behandlungsmaßnahmen auch Risikosportarten mit einzubeziehen sind und die Prävention auf medizinische Maßnahmen beschränkt werden kann.
- » Aufgabe des Sachleistungsprinzips zugunsten der Kostenerstattung mit einer effektiven Gegenkontrolle der abgerechneten Leistungen durch den Versicherten und den Versicherer. Das Prinzip der Kostenerstattung bedeutet nicht, dass der Patient in Vorleistung gehen muss. Selbstbeteiligung soll jedoch als wichtiges Regulativ auch im Gesundheitssystem das Kostenbewusstsein des Patienten verbessern.
- » Selektive Vertragsabschlüsse zwischen Krankenkassen und einzelnen Leistungserbringern – z.B. Ärzten, Kliniken und Apotheken – können die wettbewerblichen Strukturen auch auf der Seite der Leistungserbringer stärken.
- » Gesetzliche Hindernisse für medizinischen Fortschritt – wie z.B. bei der Genforschung – müssen beseitigt werden. Nur so kann medizinischer Fortschritt auch zur Kostendämpfung beitragen.
- » Die Einführung einer datengesicherten Gesundheitskarte zur Verhinderung von

kostspieligen Mehrfachuntersuchungen wird begrüßt.

- » Die Schaffung einer Euro-Gebührenordnung für ärztliche Leistungen muss mit einer effizienten Qualitätskontrolle verbunden werden.
- » Durchforstung der Selbstverwaltung in der GKV nach Einsparmöglichkeiten und veränderten Aufgaben.
- » Wo immer möglich müssen sachgerechte Formen eines umfassenden Wettbewerbs im Gesundheitswesen den bürokratischen Aufwand mindern, neue Spielräume für Kostensenkungen erschließen und ein effizientes Kostenmanagement sowie mehr Kostenbewusstsein fördern, ohne insgesamt eine dem aktuellen Stand der Medizin entsprechende Versorgung zu gefährden.

FORDERUNGEN FÜR DIE EINNAHMENSEITE

- » Die Finanzierung des Gesundheitswesens ist vom Arbeitsverhältnis zu lösen. Der bisher vom Arbeitgeber bezahlte Beitragsanteil bleibt als Lohnbestandteil erhalten und wird pauschal erhoben.
- » Nach der Ausgliederung versicherungsfremder Leistungen müssen die Versicherten künftig ihre Absicherung gegen Krankheit grundsätzlich aus ihrem Einkommen finanzieren. Soweit Versicherte über eine Zumutbarkeitsgrenze hinaus belastet werden, sollen sie Anspruch auf staatliche Unterstützung haben.
- » Die Versicherung gegen Krankheit beruht zukünftig auf einer allgemeinen Versicherungspflicht mit Abschlusszwang für die Versicherer. Der Versicherte hat die Wahlfreiheit. Dies gilt auch bei Versicherungen mit Kapitalbildung (Portabilität).

Der Markt um das Sozialsystem Gesundheitswesen ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Er wirkt mit seinem Umsatzvolumen und seiner Innovationskraft zugleich als beachtlicher Beschäftigungsmotor. Der Gesundheitsmarkt muss aber auch als gesamtwirtschaftlicher Kostenfaktor gesehen werden, dessen Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der anderen Wirtschaftsbereiche nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Umso wichtiger ist es, dass mit der Verwirklichung der genannten Reformelemente das deutsche Gesundheitswesen in seiner Leistungsfähigkeit als soziales Zukunftssystem durchschaubar, anpassungsfähig und langfristig gesichert wird.

ADOLF DINGLREITER, MDL A. D.

Parlamentsbeauftragter des Wirtschaftsbeirates



Wirtschaftsbeirat Bayern

Mediadaten für Anzeigenschaltung in der Mitglieder-Information

Informationen

Auflage: 3.000 Exemplare
11 x pro Jahr

Umfang: 6 Seiten

Format: A4

Druck: 4-farbig, Bilderdruck

Versand: personalisierter Versand
Der Bezug ist für die Mitglieder
kostenlos (im Mitgliedsbeitrag
enthalten)

Vertrieb: 2.300 Stück an alle Mitglieder
bzw. Mitgliedsunternehmen
des WBU;
Auslage zu allen Veranstaltungen
des WBU und bei ausgewählten
externen Veranstaltungen;
Presseverteiler,
Werbung und Reserve

Rabatte: 2-6 Schaltungen 10%
6-12 Schaltungen 15%

Wichtig: Der Herausgeber entscheidet
über den Abdruck bzw. Veröffentlichung
einer Anzeige.

Formate, Preise 2006/2007

1/1 19 x 27,3 cm € 1.320,-	2/3 12,5 x 27,3 cm € 1.050,-	1/2 Standard: 19 x 13,4 cm Panorama: 40 x 6,4 cm € 850,-	
1/3 hoch: 6 x 27,3 cm breit: 19 x 8,8 cm € 620,-	1/4 hoch: 6 x 20 cm breit: 19 x 6,4 cm € 495,-	1/6 6 x 13,4 cm € 340,-	1/8 9,2 x 6,4 cm € 290,-

Alle Preise rein Netto, zzgl. MwSt.

Andere Formate als oben dargestellt nach
Absprache möglich.

Alle Datenformate für PC oder Mac ver-
wendbar. Wenn möglich keine Filme.

Geringfügige Anzeigenerstellung gratis

Herausgeber:

Wirtschaftsbeirat der Union e.V.
Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518

Produktion und Anzeigen

Kunstblatt Verlagsgruppe & Co. KG
Sitz: Enderstr. 59, 01277 Dresden
Tel.: 0351 4794244, Fax: 0351 4794245
mail@kunstblatt.com, www.kunstblatt.com

Anzeigenschaltung

per Fax an den Verlag (Kunstblatt):
0351-4794245 oder
an den Herausgeber (Wirtschaftsbeirat)
089-291518

Format/Preis:

- 1/1 € 1.320,-
- 2/3 € 1.050,-
- 1/2 € 850,-
- 1/3 € 620,-
- 1/4 € 495,-
- 1/6 € 340,-
- 1/8 € 290,-

Monat:

- 2006
- 10 11 12
- 2007
- 01 02 03 04
- 05 06 07/08
- 09 10 11 12
- 2008
- 01 02 03 04
- 05 06 07/08
- 09 10 11 12

Hiermit buche/n ich/wir fest eine Anzeige bzw. Anzeigen in dem markierten Format
und der Häufigkeit. Bitte setzen Sie sich hinsichtlich weiterer Absprachen mit uns in
Verbindung:

Frau/Herrn.....

Firma.....

Tel..... Fax.....

e-Mail..... www.....

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel

Terminvorschau

München 3. September	Bezirk München/ Mittelstandspolitische Frühschoppen	Regensburg 13. Oktober	Bezirk Regensburg
München 7. September	Junge Unternehmer	Nürnberg 16. Oktober	Bezirk Mittelfranken
Schöneck 7./ 8. September	Ausschuss für Mittel- standspolitik: Bayerisch- Sächsische Unternehmertage	München 18. Oktober	Ausschuss für Wirtschafts- politik und Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik
München 12. September	Ausschuss für Wirtschafts- politik	München 23. Oktober	Ausschuss für Außenwirt- schaft
München 14. September	Forum Brüssel	Böhmen 25.-28. Oktober	Delegationsreise des Bezirks Passau
München 27. September	Junge Unternehmer	Nürnberg 8. November	Bezirk Mittelfranken
München 28. September	Junge Unternehmer	München 28. November	Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik
München 4. Oktober	Ausschuss für Medienpolitik	München 28. November	Junge Unternehmer
München 4. Oktober	Junge Unternehmer	München 04. Dezember	Jahreshauptversammlung
München 5. Oktober	Ausschuss für Verkehrs- politik	München 13. Dezember	Junge Unternehmer
München 9. Oktober	Arbeitskreis „Wirtschaft und Kirchen“	Regensburg 15. Dezember	Bezirk Regensburg
München 12. Oktober	Ausschuss für Sport		

»Deutschlands
Wirtschaftselite
hebt bei uns ab.«



Denn wir wissen, wie man Geschäftsreisen erfolgreich plant. Und vor allem wirtschaftlich. Wundern Sie sich also nicht, wenn unser 25-köpfiges Spezialistenteam für Firmendienst die Reiserichtlinien vorgibt und aufzeigt, wie Sie sparen können. Genauso wie einige der führenden globalen Markenunternehmen, deren Business- und Messereisen wir seit Jahren organisieren. Mit einem Full Service, den nova reisen in über 45 Jahren Marktpräsenz nahezu perfektioniert hat. Damit wir Ihnen mit unseren 500 Partnern weltweit in allen Kontinenten ein durchgängiges Qualitätsniveau bieten können. Sowie Flüge und Verbindungen mit allen Airlines.

Gerne erstellen wir Ihnen ein individuelles Angebot.

**nova reisen
Business Plus
Lufthansa City Center**

Leipziger Straße 16
D-82008 Unterhaching
Tel. 0 89-61 52 14 0
Fax 0 89-61 96 34
firmendienst@novareisen.de
www.nova-reisen.de

**30 Jahre
Mitglied im
Wirtschafts-
beirat.**

Die neue  **Reiselust**
Spürbar nah.

Besuchen Sie uns im Internet!

www.wbu.de

REFA Bausteine zum Erfolg

Bayern e.V.

Wenn Arbeitsprozesse wirtschaftlich, effektiv, methodisch und sozial sind, ist ein Unternehmen erfolgreich.

REFA bündelt und entwickelt seit 1924 erfolgreich Fach-, Methoden- und Sozialkompetenzen, damit Prozesse für Ihr Unternehmen und Ihre Mitarbeiter noch effizienter werden.

Die REFA-Mitgliedschaft lohnt sich! Über 16.000 Fachkräfte in Industrie, Verwaltung und Dienstleistung nutzen bereits diese Vorteile!

Sie erhalten bei uns

- berufliche Weiterbildung
- umfangreiches Themenangebot auf den Gebieten Arbeitsgestaltung, Betriebsorganisation und Unternehmensentwicklung
- Seminare, Vorträgen, Workshops, Kongresse und Betriebsbesichtigungen
- individuelle Beratung und Unterstützung bei allen Fragen der Aus- u. Weiterbildung
- praxisbezogene Fachliteratur und Medien
- Bezug der "REFA"-Mitgliederzeitschrift

REFA Bayern e.V. Region Süd
Karlstraße 42 · 80333 München
Telefon: 089-54829272, Fax: 089-54829273
region-sued@refa-bayern.de, www.refa.de



Qualität in Stahl

Unsere Leistungen:

- » **Stahlkonstruktionen inklusive Dach und Wand**
- » **Ausführung von Schlosserarbeiten**
- » **Reparaturservice im Metallbereich**

Unsere Kunden (Auszug):

- » **BMW** » **Meiller** » **Kellerer**
- » **Tenovis** » **Bosch u. v. m.**

**weber
service**
gmbh

Preußenstraße 6
80809 München
Telefon 089 357482-0
Telefax 089 357482-19
www.weber-service-gmbh.de

design: kunststiftung